

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Am 29. Juli 1925 fand in Wien in dem großen Dreher-Saal auf der Landstraße eine von mehr als dreitausend Personen besuchte Massenversammlung der kriegsbeschädigten Bundesangestellten statt, die sich ebenfalls mit der geplanten Abänderung des Neunzigergesetzes befaßte. Den Vorsitz derselben führte der Obmann des Fünfundzwanzigerausschusses Direktor Gold, welcher zahlreiche Begrüßungsschreiben und Telegramme von den Organisationen der kriegsbeschädigten Bundesangestellten in den Ländern, sowie die Entschuldigungsschreiben der Parteien des Nationalrates und das des Abgeordneten Hölzl zur Verlesung bringen konnte.

Nach einer kurzen Einleitung des Obmannes des Kriegsbeschädigtenausschusses Direktor Butschin erstattete Sekretär Pollak vom Bunde der öffentlichen Angestellten das Referat. Er schilderte die bestandenen Kämpfe, machte vor allem die Abteilung VIII der Sektion II im Bundesministerium für soziale Verwaltung (Ministerialrat Prof. Dr. Wittmayr) für diesen Entwurf verantwortlich und berichtete ferner, daß die Regierung denselben bereits zurückgestellt habe. Da die Parlamentsferien beginnen, bestehe auch keine Aussicht, daß über diesen Entwurf noch vorher verhandelt wird. Ob das in der Herbstsession geschehen wird, wird sich erst zeigen müssen.

Unter stürmischer Zustimmung der Versammlung brachte er dann eine Entschliebung, die im Wortlaute folgt, zur Verlesung, welche auch einstimmig angenommen wurde.

Besonders ist hervorzuheben, daß der Obmann des Fünfundzwanzigerausschusses Direktor Gold berichtete, daß sich derselbe einstimmig für die Ablehnung des Regierungsentwurfes ausgesprochen habe und daß hier die nichtkriegsbeschädigten mit den kriegsbeschädigten Bundesangestellten gehen. Ein Beweis dafür sei schon, daß er selbst die Versammlung einberufen habe und in derselben den Vorsitz führe. Hierzu erklärt er noch, daß die Haltung des Fünfundzwanzigerausschusses im Herbst gegenüber der Regierungsvorlage keine andere sein wird als die jetzige.

#### Entschliebung.

Die am 29. Juli 1925 im großen Dreher-Saale in Wien tagende Massenversammlung der kriegsbeschädigten Bundesangestellten nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Versuch der Regierung, die Rechte der kriegsbeschädigten Bundesangestellten durch die Novellierung des Neunzigergesetzes einzuschränken, durch das einmütige Vorgehen aller Organisationen wenigstens für den Augenblick vereitelt wurde.

Die Versammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkte der entschiedensten Ablehnung aller Verschlechterungsversuche in der Behandlung der kriegsbeschädigten Bundesangestellten und richtet das dringende Ersuchen sowohl an alle gesunden Berufskollegen als auch an die allgemeine Kriegsoffizierschaft, um die weitere tatkräftige Unterstützung in ihrem schweren Kampfe um die Aufrechterhaltung erworbener Rechte.

Die Versammlung fordert weiters ihre Vertreter auf, sowohl bei der Regierung als auch bei den Parteien des Nationalrates energisch darauf zu dringen, daß das Unrecht an den kriegsbeschädigten Bundesangestellten des Burgenlandes, die bis heute von den Begünstigungen des Neunzigergesetzes ausgeschlossen sind, gutgemacht wird und daß endlich der Wille des Nationalrates vom 27. Jänner 1921, die Begünstigungen des Neunzigergesetzes auch auf jene kriegsbeschädigten Angestellten auszudehnen, die infolge Kriegsgefangenschaft oder Heilbehandlung erst nach dem 1. Mai 1920 in den Bundesdienst traten, durchgeführt werde.

Die schwere Wirtschaftskrise, die die Kriegsoffizierschaft infolge des erhöhten Aufwandes für ihre geschädigte Gesundheit ganz besonders trifft, erfordert nicht nur die volle Aufrechterhaltung, sondern den weiteren Ausbau der Kriegsoffiziersfürsorge, nicht nur im Interesse der

Kriegsoffizierschaft selbst, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung des Staates.

Wien, am 29. Juli 1925.

Die Funktionäre haben bisher über die beiden Begünstigungsgesetze gewacht und auch diesmal mit vereinten Kräften den Anschlag der Regierung abgewehrt. Kameraden! Es ist nun endlich auch an Ihnen, durch den Massenbeitritt zur Organisation, die für Ihre Interessen arbeitet, der Regierung zu zeigen, daß Sie nicht gewillt sind, nur ein Stückchen von Ihren mühsam erworbenen Rechten sich nehmen zu lassen. Beweisen Sie durch ein reges Interesse und der steten persönlichen Teilnahme an allen Fragen der kriegsbeschädigten Bundesangestellten, daß Sie sich als Teil des Ganzen fühlen. Nur Einigkeit und Geschlossenheit in allen Fragen wird uns über alle Fragen der Sanierung auf unserem Rücken hinwegbringen und die weiteren Pläne der Regierung schon im Keime ersticken lassen. Kollegen! Kameraden! Seien Sie nicht sorglos! Unsere gesamte Existenz steht auf dem Spiele. Schon einmal haben wir es in diesen Nachrichten Ihnen zugerufen: „Aufklärung in die Masse der kriegsbeschädigten Bundesangestellten hinauszutragen, damit sie ihre Feinde erkennen lernen und sich zusammenschließen in der Abwehr gegen die Bureaucratie und ihre Helfershelfer!“

## Für die Invaliden hat man kein Geld.

Raum ist es Jahresfrist, daß der Kampf um die achte Novelle zum J.-E.-G. beendet wurde, und schon herrscht allorts in den Reihen der Kriegsoffizierschaft wieder bittere Not, weil, einerseits infolge der niedrigeren Rentensätze überhaupt, andererseits aber infolge der harten und herzlosen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen durch die J.-E.-R., die notwendigsten Geldmittel fehlen. In Anbetracht dieser Notlage hat daher der Zentralverband eine Denkschrift an die österreichische Bundesregierung gerichtet und schleunige Abhilfe verlangt. Er hat gefordert, daß die Renten den Verhältnissen angepaßt werden und insbesondere das Unrecht, welches in der ungleichmäßigen Abstufung der Rentensätze, die auf die prozentuelle Erwerbsverminderung gar keine Rücksicht nehmen, liegt, beseitigt werde. Auch nach Aufhebung einzelner besonders harter Bestimmungen, wie zum Beispiel der Renteneinstellung oder Zwangsabfertigung für Kriegserwitwen und der Rentenkürzungen, gingen die in der Denkschrift niedergelegten Forderungen.

Monatelang gab die Regierung überhaupt keine Antwort. Man ließ ihr Zeit, denn man glaubte, sie befaße sich vielleicht mit Berechnungen und werde schließlich mit einem, wahrscheinlich schlechten Vorschlaage, aber doch mit einem Vorschlaage kommen. Statt eines solchen aber kam eine wenige Zeilen umfassende Antwort des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, in der es heißt, daß die Forderungen des Zentralverbandes nicht unbeträchtliche Erhöhungen der Staatsauslagen bedeuten würden und kein Geld vorhanden sei. Also das alte Lied! Für die Invalidenfürsorge hat man kein Geld. Wir wollen wirklich nicht abgedroschene Phrasen dreschen, aber bei solchen Gelegenheiten fallen einem schließlich doch immer wieder die hohen und heiligen Versprechen vom „Dank des Vaterlandes“ ein.

Wir wissen es, große Erbitterung wird die Leser dieser Zeilen erfüllen, denn es kommt einem vor, als würde die Regierung ein freies Spiel mit der Not der Kriegsoffizierschaft treiben und es zeigt sich immer und immer wieder, daß sie nur einem außerordentlich großen Drucke weicht und sich jedes, auch das geringste Zugeständnis abpressen läßt. Diese Taktik sagt uns, welchen Weg wir beschreiten müssen, um nicht ganz dem Verhungern und der Verelendung preisgegeben zu werden.